

# SPD pressediens

P/XXIX/142

30. Juli 1974

Wir jedenfalls denken nicht an Provokation!

Zu den Differenzen um das Berliner Umweltbundesamt

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdB

Mitglied des innerdeutschen Ausschusses des Bundestages

Seite 1 und 2 / 60 Zeilen

Technische Entwicklungshilfe neu organisiert

Gestraffte Verwaltung und größere Arbeitsflexibilität

Von Erwin Stahl MdB

Mitglied des Bundestags-Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 3 und 4 / 59 Zeilen

Schützt den Sport vor schwarzen Listen!

Integrität des internationalen Sports muß gewahrt bleiben

Von Dr. Adolf Müller-Emmert MdB

Mitglied des Sportausschusses des Deutschen Bundestags

Seite 5 und 6 / 49 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Willy Brandt: Abschied von einem väterlichen Freund

Seite 7 / 21 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckart

5300 Bonn 12, Haussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressenhaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 87 - 88

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg

Wir jedenfalls denken nicht an Provokation I

Zu den Differenzen um das Berliner Umweltbundesamt

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdB

Mitglied des innerdeutschen Ausschusses des Bundestages

Das Gesetz über die Errichtung des Umweltbundesamtes in Berlin ist in Kraft getreten. Niemand in der Bundesrepublik, weder die Bundesregierung noch das Parlament, haben damit beabsichtigt, wie in Protesten der Sowjetunion oder der DDR die Rede war, Interessen der DDR zu verletzen, zu provozieren oder gar gegen das Vier-Mächte-Abkommen zu verstoßen. Dieses Abkommen sieht ausdrücklich einen Ausbau der bestehenden Bindungen zwischen Berlin und der Bundesrepublik vor. Wie das zu verstehen ist, kann nicht eine Unterzeichnermacht des Abkommens einseitig interpretieren, noch weniger kann das die DDR, die keine Unterzeichnermacht ist. Die Bundesrepublik hat sich vor der Einbringung des Gesetzes versichert, daß seitens der Westmächte kein Einspruch gegen die Errichtung dieses Amtes in dem von ihnen kontrollierten Bereich Berlins besteht. Die Westmächte haben ihre Stellungnahme auch im Blick ihrer Verantwortung auf ganz Berlin gegeben. Die Sowjetunion war über die geplanten Maßnahmen rechtzeitig informiert worden. Wenn daher die DDR und andere Staaten innerhalb des Ostblocks von einer Verletzung des Vier-Mächte-Abkommens sprechen, so ist das eine sehr eigenwillige Interpretation dieses Abkommens, die durch seinen Text nicht gedeckt ist.

Die Westmächte haben daher auch sehr folgerichtig davor gewarnt, die DDR-Drohung eventueller Repressalien auf der Zufahrtsstrecke auszuführen. Würde das dennoch geschehen, würde die DDR damit die Ehrlichkeit ihrer Entspannungspolitik in Frage stellen. Von einer Provokation aber seitens der Bundesrepublik kann schon garnicht die Rede sein. Das Umweltbundesamt ist keine politische Behörde, es ist ein rein wissenschaftliches Institut, das in einem Bereich wirkt, dessen internationale Verflechtungen ständig zunehmen und das an Problemen arbeitet, die auch für Osteuropa von Interesse

sind. Warum also spielt man diese Frage so hoch?

Wir wollen nicht hoffen, daß die Recht haben, die dauernd behaupten, der DDR und der Sowjetunion ginge es um einen generellen Abbau der Bundesbehörden in Berlin. Schon ihre Zusammensetzung macht deutlich, daß sie keine Operationsbasen gegen irgendwen sein können. Man muß sich drüben doch auch klar darüber sein, daß man nicht einerseits dieser Bundesregierung dauernd bestätigen kann, sie meine es ehrlich mit ihrer Entspannungspolitik, ihr andererseits aber vorwirft, daß sie sich von entspannungsfeindlichen Kräften treiben läßt. Auch Spekulationen über das, was künftige Regierungen einmal machen könnten, dürfen doch nicht von denen ins Treffen geführt werden, die immer wieder verlangen, man müsse von den bestehenden Realitäten ausgehen.

Die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag jedenfalls dachten nicht und werden niemals daran denken, das Vier-Mächte-Abkommen zu verletzen oder von innen her auszuhöhlen. Sie wissen, welch fein ziseliertes Instrument dieses Abkommen ist und wie sehr es darauf ankommt, auch in Zukunft seine Wohlausgewogenheit zu sichern. Das ist jedoch eine Verpflichtung, die alle Beteiligten angeht. In Berlin stehen nicht nur Interessen der DDR auf dem Spiel, sondern auch die Interessen der Berliner. Daß dazu auch die Erhaltung von Arbeitsplätzen des Bundes in Berlin gehört, hat das Vier-Mächte-Abkommen anerkannt. Die Aufrechterhaltung bestehender Bindungen schließt das ja wohl ausdrücklich mit ein.

Das wird und muß deshalb nicht zu einer ständigen Fluktuation unter den Bundesbehörden führen oder zu einer Überladung bzw. Konzentration von Bundesbehörden. Es darf aber auch nicht zu einseitigen Repressalien führen oder zur willkürlichen Auslegungen des Vertragstextes. Die Bundesrepublik hat überzeugende Vorleistungen erbracht, die den ganzen Ernst ihres Verständigungswillens bewiesen haben. Sie hat das im guten Glauben an den ehrlichen Entspannungswillen der anderen Seite getan. Sie hat es auch getan, um damit den neutralen Punkt Berlin zu neutralisieren. Es wäre nicht nur für die Menschen in der Bundesrepublik, es wäre auch für weite Teile der übrigen Welt eine tiefe Enttäuschung, wenn wegen der Errichtung des Umweltbundesamtes die Sowjetunion und die DDR eine neue Spannungssituation heraufbeschwören würden. Wir hoffen auf beider Einsicht und Vernunft, daß das nicht passiert!

(-/ 30.7.1974/ks/ex)

+ + +

Technische Entwicklungshilfe neu organisiert

Gestaffelte Verwaltung und größere Arbeitsflexibilität

Von Erwin Stahl MdB

Mitglied des Bundestags-Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) hat wichtige Schritte zur Verwirklichung eines lang gehegten und angekündigten Planes unternommen. Seit Mitte des Jahres unterliegt die Durchführung der Technischen Hilfe in Entwicklungsländern noch mehr als bisher der Kontrolle und Steuerung durch das BMZ. Gleichzeitig wurde eine Straffung der Verwaltung und eine größere Flexibilität in der Realisierung von Projekten ermöglicht. Dies alles ist die Folge der Abschaffung der "Dreistufigkeit" in der Durchführung der Technischen Hilfe zugunsten der "Zweistufigkeit".

Deshalb wurde Ende März 1974 die Deutsche Förderungsgesellschaft für Entwicklungsländer (GAWI) von ihrer bisherigen Muttergesellschaft, der Deutschen Revisions- und Treuhandaktiengesellschaft (Treuarbeit), für einen Kaufpreis von sechs Millionen DM übernommen. Zusammen mit der zweiten Einrichtung, die mit der öffentlichen Technischen Hilfe der Bundesrepublik befaßt war, der Bundesstelle für Entwicklungshilfe (BfE) in Frankfurt, wird die GAWI zur "Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit" (GTZ) zusammengelegt. Das Personal beider ehemaliger Dienststellen soll so weit wie möglich in die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit übernommen werden, um die zum Teil langjährigen Erfahrungen dieser Bediensteten für die Entwicklungshilfe weiterhin zu erhalten. Damit wird gleichzeitig verhindert, daß der für die Technische Hilfe notwendige Sachverstand sich in alle Winde zerstreut und für laufende und neue Projekte gesucht werden muß.

Weil die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) keine hoheitlichen Funktionen übernehmen muß, sondern im Vordergrund ihrer Aktivitäten

die organisatorischen, technischen und kaufmännischen Tätigkeiten stehen, wird sie nicht behördenrechtlich, sondern privatrechtlich organisiert. Eine solche Gesellschaft kann das große Maß an Vielseitigkeit aufbringen, das zur Durchführung von Maßnahmen in einer Reihe vielfältig gelagerter Entwicklungsländer und der großen Anzahl von Aufgabenbereichen notwendig ist. Auch fordert die in der Dritten Welt häufig gegebene politische und verwaltungsmäßige Instabilität die Fähigkeit der durchführenden raschen Anpassung, die bei einer privatrechtlichen Organisation bestimmt eher gewährleistet ist als bei einer Behörde. Die Durchführung von Projekten der Technischen Hilfe wird der eigenen Verantwortung der GTZ unterliegen, wobei es ihr freigestellt ist, bei geeigneten Fällen andere Organisationen, z.B. private Consultingfirmen, einzuschalten. Auch soll die GTZ in die Lage versetzt sein, Aufträge Dritter gegen Entgelt zu übernehmen. Diese Möglichkeit zu erschließen ist besonders wichtig, weil eine Reihe von Entwicklungsländern Dank ihrer neuerdings durch Rohstoffexporte erworbenen teilweise großen Devisenüberschüsse in der Lage sind, den Transfer technologischen Wissens, infrastruktureller Verbesserungen und sozialer Hilfeleistungen zu bezahlen.

Die Kontrolle des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit über die Tätigkeit der GTZ wird über mehrere Wege ermöglicht. Einmal ist der Hauptgesellschafter der GTZ der Bund, der durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und das Bundesministerium der Finanzen vertreten sein wird. Darüber hinaus wird ein Generalvertrag das Verhältnis der Gesellschaft zum Bund regeln. Die Leistungen der GTZ werden anhand geprüfter Selbstkostenpreise abgegolten, eine jährliche Finanzvorschau sowie der Jahresabschluss und die Betriebsabrechnungen der Gesellschaft ermöglichen weitere Kontrollen. Bestimmte, im Vertrag aufgeführte Geschäfte der GTZ bedürfen der Zustimmung des BMZ und des BMF. Dazu gehören vor allem Form und Höhe von Verträgen und Vergütungen, die Anstellung des leitenden Personals, der Erwerb und die Anmietung von Grundstücken, die Kreditaufnahme u.ä..

Mit dieser notwendigen Umorganisation werden die Planung und die Durchführung der Technischen Hilfe einander sinnvoll nähergebracht. Die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik genießt schon seit langem einen guten Ruf in der Welt, nicht zuletzt wegen ihrer relativ großen Wirksamkeit und Erfolgsquote. Diesem Ruf auch weiter gerecht zu werden und den Weg der praktischen Durchführbarkeit zu verkürzen, ist das Ziel dieser neuen Maßnahmen.

(-/ 30.7.1974/ks/ex)

+ + +

Schützt den Sport vor schwarzen Listen I

Integrität des internationalen Sports muß gewahrt bleiben

Von Dr. Adolf Müller-Emmert MdB

Mitglied des Sportausschusses des Deutschen Bundestages

Der Ausschluß der sowjetischen Fußballmannschaft von der Fußballweltmeisterschaft 1974 durch den Internationalen Fußballverband (FIFA) hat seine Wirkung auf die Moskauer Sportführung offenbar verfehlt.

Auch die meisten mit der UdSSR besonders verbundenen kommunistisch-sozialistischen Länder haben die konsequente Haltung der FIFA-Führung eher zum Anlaß für neue politische Pressionen im internationalen Sportgeschehen genommen. Politischer Unverstand der deutschen Ausrichter hat sicherlich dazu beigetragen, daß unter der Führung des sowjetischen Schachverbandes der Ausschluß des ehem. CSSR-Schachmeisters Ludek Pachmann an einem Turnier in Solingen erreicht wurde. Allein die Aussage des sowjetischen Großmeisters Boris Spaski sagt mehr als reihenweise Funktionärsklärungen. Spaski zum Ausschluß seines langjährigen Freundes: "Das war eine Entscheidung meines Verbandes".

Die an der kurzen Leine geführten Sportorganisationen der UdSSR und ihre Nachbarländer gehen offensichtlich immer mehr dazu über, so etwas wie schwarze Listen zur Grundlage ihrer Sportbeziehungen zu machen. Politisch unliebsame Organisationen und ihre Sportler konnten in der Vergangenheit oft nur deshalb ihre Begegnungen - z.B. gegen sowjetische Sportler - austragen, weil die Regeln und Bestimmungen der internationalen Sportförderungen und des Internationalen Olympischen Komitees gleiches Sportrecht für alle praktizierten. Aber auch diese Verfahrensweise, Grundprinzip jedes einigermaßen funktionsfähigen internationalen Sportverkehrs, ist ganz erheblich gefährdet.

Der Streit um die Ausrichtung der Turnweltmeisterschaften 1974 im bulgarischen Varna ist ein weiteres Beispiel dafür. Es geht dabei nicht

um eine positive oder negative Haltung zu Südafrika. Vielmehr stellt sich aufgrund des Ausganges der Abstimmung von Montreux die Kernfrage, ob in Zukunft nationale Regierungen, Unterorganisationen und Ausschüsse der Vereinten Nationen oder internationale Sportföderationen und das Internationale Olympische Komitee bestimmen, wer an internationalen Wettbewerben teilnehmen kann und nach welchen Regeln zu verfahren ist.

Es ist dabei zumindest interessant, daß mehrere Mitgliedsverbände des internationalen Turnerbundes aus den sogenannten Entwicklungsländern zu der außerordentlichen Tagung in Montreux nicht aus ihren Heimatländern, sondern aus Varna/Bulgarien anreisten.

Es entspricht sozialdemokratischer Sportpolitik, daß bei internationalen Sportveranstaltungen in der Bundesrepublik Deutschland die Regeln und Bestimmungen der internationalen Sportorganisationen respektiert werden. Dies bedeutet: Die notwendigen Einreiseerlaubnisse sind allen Mitgliedsverbänden der ausrichtenden internationalen Organisationen zu erteilen. Eine andere Politik würde in absehbarer Zeit dem internationalen Sportverkehr jede vernünftige Basis entziehen. Auch die Auswirkungen auf olympische Spiele - z.B. eine Vergabe für 1980 in Moskau - wären folgenreich. Besonders mit Blickrichtung auf die positive Haltung der IOC-Führung und der meisten internationalen Sportföderationen in der Berlinfrage muß der bisherige Status dieser Organisationen vor allem in der Bundesrepublik Deutschland geschützt werden.

Visa-Verweigerungen dürfen im internationalen Sportgeschehen keinen Platz haben. (-/30.7.1974/ks/ex)

+ + +

#### Wie hält es die Union mit den "Freien" in den Medien ?

In diesem Pressedienst-Artikel vom 19. Juli (Autor: MdB Dieter Lattmann) ist bei der Aufzählung der Gewerkschaften, die die Interessen freiberuflicher Mitarbeiter in den verschiedenen Medien vertreten, bedauerlicherweise unterlassen worden, den Deutschen Journalisten-Verband zu nennen.

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Abschied von einem väterlichen Freund  
-----

Zum Tode des Ober Jahrzehnte für die Sozialdemokratie tätig gewesenen Albert Schulz hat der SPD-Parteivorsitzende Willy Brandt folgendes Beileidsschreiben an dessen Sohn, den Hamburger Bürgermeister Peter Schulz, gerichtet:

"Lieber Peter,

zum Ableben Deines Vaters, unseres väterlichen Freundes Albert, möchte ich Dir persönlich und im Namen des Parteivorstandes unser herzlichstes Beileid aussprechen.

Mit der Trauer über den schmerzlichen Verlust verbindet sich respektvolle und dankbare Erinnerung an das, was Dein Vater über Jahrzehnte hinweg - vor und nach 1945 - als aufrichtiger und unbeirrbarer Sozialdemokrat auf sich genommen hat.

Zusätzlich zu allem, was an Leistungen vorausgegangen war, hatte er maßgeblichen Anteil an der Geltung und Entfaltung unserer Partei im Norden unseres Landes, aber auch in der Bundesrepublik insgesamt. Sein Beispiel an Gesinnungstreue und Beständigkeit wird fortwirken.

Vor allem werden uns seine Menschlichkeit, seine Kameradschaft und seine Hilfsbereitschaft unvergessen bleiben.

Ich bitte Dich, meine Anteilnahme und die des Parteivorstandes auch den übrigen Angehörigen zu übermitteln.

Dein  
Willy Brandt\*

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert